

Was wäre, wenn Griechenland pleite ginge?

Griechenland rückt immer näher in Richtung Zahlungsunfähigkeit. Bundeswirtschaftsminister Rösler hält auch eine "geordnete Insolvenz" für denkbar. Doch was bedeutet das? Wie sähen die Konsequenzen aus? Können die Griechen aus der Eurozone geworfen werden oder austreten? tagesschau.de beantwortet die wichtigsten Fragen.

Zusammengestellt von Niels Nagel, tagesschau.de

Ist ein "geordnetes Insolvenzverfahren" für Griechenland möglich?

Für eine "geordnete Staatsinsolvenz" nach etablierten Regeln und Verfahren fehlen derzeit innerhalb der Euro-Zone noch die Rahmenbedingungen und auch die Erfahrung: Etwas Vergleichbares hat es bislang in der Euro-Zone noch nicht gegeben und war in der europäischen Verträgen auch nicht vorgesehen. Vorschläge für eine geordnete Staatsinsolvenz von Euro-Staaten stehen deshalb unter dem Vorbehalt, dass sich die Regierungen der Euro-Zone auf Regeln für ein solches Insolvenzverfahren einigen.

Grundsätzlich funktioniert ein Insolvenzverfahren nach dem immer gleichen Schema: der Schuldner, also derjenige der sich Geld geliehen hat, kann ab einem bestimmten Zeitpunkt die an ihn gestellten finanziellen Forderungen nicht mehr erfüllen. Er ist damit zahlungsunfähig. Die Gläubiger - sie haben dem Schuldner Geld geliehen - versuchen daraufhin, das noch ausstehende Geld möglichst komplett zurückzubekommen. Jetzt kommt der Insolvenzverwalter ins Spiel. Sein Ziel ist es, entweder die Zahlungsfähigkeit des Schuldners wieder herzustellen - etwa durch eine Sanierung, während der die Forderungen der Gläubiger zeitweise zurückgestellt werden. Oder die Situation wird geordnet abgewickelt, bei Unternehmen etwa durch deren Auflösung.

Da eine Auflösung Griechenlands bei der Insolvenz eines Staats natürlich nicht zur Debatte steht, kann es im Insolvenzverfahren letztlich nur darum gehen, die Zahlungsfähigkeit des Landes wieder herzustellen. Etwa durch einen Schuldenschnitt, bei dem die Gläubiger auf einen Teil ihres geliehenen Geldes verzichten müssen.

Was passiert, wenn Griechenland zahlungsunfähig ist?

Ähnlich wie bei einem privaten Insolvenzverfahren müsste sich dann der Schuldner, in diesem Fall also Griechenland, mit seinen Gläubigern zusammensetzen, um einen Ausweg aus der Zahlungsunfähigkeit zu finden. Gläubiger sind alle diejenigen, die dem griechischen Staat Geld geliehen haben, zum Großteil also Banken aus dem In- und Ausland. Da es im Falle einer Staats-Pleite keinen Insolvenzverwalter geben kann, wäre der Ansprechpartner der Gläubiger die griechische Regierung. Deren

Verhandlungsziel wäre klar: die noch offenen Forderungen der Gläubiger so gering zu halten wie nur irgendwie möglich. Die Verhandlungsposition wäre für den griechischen Staat dabei übrigens komfortabler als für private Schuldner. Ein souveräner Staat zahlt nur, was er glaubt zahlen zu müssen. Pfändungen, wie bei privaten Schuldnern, sind weitgehend ausgeschlossen. Allerdings muss ein Staat auch im Blick haben, dass er in Zukunft wieder darauf angewiesen ist, sich an den Finanzmärkten Geld zu leihen. Deshalb muss er daran interessiert sein, die Forderungen der Gläubiger so weit wie möglich zu erfüllen und Vertrauen für die Zukunft aufzubauen.

Welche Folgen hätte ein Staatsbankrott für Griechenland?

Ist ein Staat pleite, kommt ein Großteil des Landes erst einmal zum Stillstand - und die Gläubiger müssen ganz oder zu einem großen Teil auf ihr Geld verzichten. Doch das ist bei weitem noch nicht alles. Griechenland wäre auf absehbare Zeit von den Finanzmärkten abgeschnitten und würde keine neuen Kredite mehr bekommen. Ohne diese könnte das Land seine laufenden Ausgaben kaum finanzieren. Darunter leiden müssten insbesondere Beamte, Rentner und Arbeitslose.

Eine Pleite Griechenlands wäre aber auch für die Banken des Landes verheerend. Sie haben der Regierung mehr als 50 Milliarden Euro geliehen, indem sie etwa griechische Staatsanleihen - also gewissermaßen die Schuldscheine des Landes - gekauft haben. Doch mit der Bankrotterklärung wären eben diese Staatsanleihen schlagartig nichts mehr wert. Das Geld wäre größtenteils verloren, die Banken könnten sich selbst nicht mehr refinanzieren und stünden vor dem Kollaps.

Käme es tatsächlich zum Banken-Crash, hätte das auch für die griechische Real-Wirtschaft dramatische Folgen. Ohne Bankkredite könnten dringend notwendige Investitionen nicht mehr getätigt werden, es droht ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen.

Welche Folgen hätte ein griechischer Staatsbankrott für Europa?

Genau darüber wird seit Monaten in Europa heftig diskutiert. Einige Experten fürchten, dass eine Staatspleite Griechenlands zu einem generellen Vertrauensverlust in den Euro und damit zu einer Gefährdung der gesamten Euro-Zone führen könnte. Länder wie Spanien oder Italien könnten dann zunehmend Schwierigkeiten bekommen, sich an den Finanzmärkten Geld zu leihen, ohne bei der Verzinsung enorme Risikoaufschläge zahlen müssen. Doch nicht nur das. Würde Griechenland Bankrott gehen, käme dies auch eine Reihe von Banken außerhalb Griechenlands richtig teuer zu stehen. Auch sie besitzen griechische Staatsanleihen in Milliardenhöhe und müssten dieses Kapital abschreiben. Gleiches gilt für die Europäische Zentralbank (EZB). Zur Stabilisierung der

Finanzmärkte hat sie in den vergangenen Wochen ebenfalls massiv griechische Staatsanleihen angekauft.

Die Befürworter einer griechischen Staatspleite argumentieren, dass sich eine solche ohnehin nicht mehr verhindern lasse und deshalb jegliche Form von weiteren Krediten nichts anderes als Insolvenzverschleppung sei. Die Sorge für unnötige Unruhe an den Finanzmärkten - und belaste damit auch die anderen Euro-Länder.

Wenn es im Zuge einer Staatsinsolvenz zu einem Schuldenschnitt käme, wären auch Kredite aus dem ersten Rettungspaket für Griechenland betroffen. Die Folge wären Milliardenverluste für die Euro-Staaten, die die Griechen seit 2010 mit bilateralen Kredithilfen unterstützen.

Sollte Griechenland aus dem Euro-Raum austreten?

Der Plan klingt einfach und fast schon perfekt. Griechenland tritt aus dem Euro aus, führt die griechische Drachme wieder ein und wertet dann - um den eigenen Schuldenberg zu verkleinern - die eigene Währung ab. Doch nicht nur das wäre ein gewünschter Effekt. Auch die griechische Wirtschaft würde von einer schwachen Drachme profitieren. Griechische Produkte, die exportiert werden, würden sich verbilligen und auch eines der Hauptstandbeine Griechenlands - die Tourismusbranche - könnte davon profitieren. Das Urlaubsland Griechenland würde schlicht billiger werden.

Doch so einfach ist es dann doch nicht. Denn ein Euro-Austritt würde das Schuldenproblem der Hellenen nicht lösen, sondern verschärfen. Die in Euro aufgenommenen Altschulden würden im Zuge der Abwertung der neuen eigenen Währung nämlich drastisch steigen. Für die Griechen würde es also teuer, mit der billigen Drachme die alten Schulden in Euro zurückzuzahlen. Gläubigern - und das würde vor allem den griechischen Banken zum Verhängnis werden - droht dann ein Totalausfall ihrer Forderungen. Es könnte zudem zu einem "Bank-Run" kommen. Die Griechen würden versuchen, ihre Konten bei den heimischen Banken zu räumen. Das könnte die nationalen Banken ruinieren und sich im Extremfall zu einer neuen, globalen Finanzkrise auswachsen.

Lässt sich Griechenland aus dem Euro-Raum ausschließen?

Nein, das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Denn gemäß dem EU-Vertrag von Lissabon ist eine Mitgliedschaft in der Währungszone "unwiderruflich". Allerdings mehren sich die Stimmen aus den Ländern mit gesünderen Staatsfinanzen, die sich zunehmend daran stören.

Wer nun auf den Gedanken kommt, dass Griechenland ja nicht zwingend rausgeworfen werden müsste, sondern auf sanften oder auch etwas härteren Druck hin freiwillig austreten könnte, gerät ebenfalls in juristisch schwieriges Terrain. Denn dass eine Mitgliedschaft in der Euro-Zone

"unwiderruflich" ist, bedeutet nach Auffassung der EU-Kommission auch, dass ein Austritt nicht möglich ist.

Welche Alternativen gibt es?

Denkbar wäre ein Modell, nachdem die Griechen im Euro bleiben und ihnen etwa die Hälfte ihrer Staatsschuld erlassen wird. Ein Teil dieser Kosten müssten die Banken tragen, indem sie auf eine vollständige Rückzahlung der Kosten verzichten. Alle Banken würden diesen "Verzicht" sicher nicht überstehen. Hier käme nun der von den europäischen Staats- und Regierungschefs noch nicht ratifizierte neue, massiv erweiterte europäische Rettungsschirm ins Spiel. Er müsste die Banken finanziell stützen, die durch den Ausfall griechischer Staatsanleihen in ihren Büchern vor dem Kollaps stehen. Falls Anleger nach einer Griechenland-Pleite etwa auch keine spanischen oder italienischen Anleihen mehr kaufen wollen, könnten in bestimmten Fällen bereits im Vorfeld Hilfen ausbezahlt werden: an Banken, die vom Zusammenbruch betroffen sind, aber auch an Euro-Staaten, die sich Rücklagen verschaffen müssen.

Auch die sogenannten Euro-Bonds wären langfristig eine denkbare Alternative. Das würde bedeuten, dass die Staaten der Euro-Zone gemeinsame Anleihen herausgeben und somit gemeinsam für die Schulden aller haften. Doch solche Euro-Bonds bräuchten eine längere Vorlaufzeit, weil sie gemäß den derzeitigen Verträgen nicht möglich sind.

Zusammengestellt von Niels Nagel, tagesschau.de